

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 2125 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postcheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgitaronto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 30 mm breite Grundseite oder deren Raum 30 Pf., die  
60 mm breite Grundseite oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter  
gesamt 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen u. Stellen-  
geboten. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Geltende Nebenblätter: Landtags-Vorlage, Verlautbarung von Gesetzen auf den Standortstreitwerten.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Holler in Dresden.

Nr. 132

Dresden, Dienstag, 10. Juni

1924

## Ein Übergangskabinett Marsal in Frankreich.

Millerands Botschaft an die Kammer.

### Kabinettsrat der neuen Regierung.

Paris, 9. Juni.  
Ministerpräsident François Marsal hatte heute vormitig eine kurze Unterredung mit Poincaré. Hierauf begab er sich zum Präsidenten der Republik, um mit diesem in Anwesenheit des Abgeordneten Reibel zu verhandeln. Diese Konferenz dauerte 30 Minuten. Sein Beschluss des Abends erklärte der Ministerpräsident den Reichsratern: „Wir werden schwungsvoll verlaufen. Wir sind die Hölter der Verfassung und wir werden nicht gestatten, daß sie verletzt wird. Um 15 Uhr nachmittags hielten die neu gewählten Minister einen Kabinettsrat ab. Um 5 Uhr sollte Ministerpräsident Marsal dem Präsidenten der Republik das von ihm gebildete Kabinett vor. Morgen vormitig wird unter Botschaft Millerands im Ellysee ein Ministerrat stattfinden, in dessen Verlauf der Präsident der Republik Annahme von seiner Botschaft an das Parlament geben wird.“

### Die Haltung der Kammermehrheit.

Paris, 9. Juni.  
Die Frage, wie sich die neu gewählte Mehrheit der Kammer zu dem von dem Präsidenten Millerand eingeschlagenen Verfahren verhalten wird, beantwortet das führende Blatt des „L'Humanité“: „Ouvrez“, wie folgt:

Die Präsidentenfrage ist jetzt geregelt. Die Demission Millerands ist sicher. Das Problem, das jetzt folgt, ist die Frage der Nachfolgerwahl. Die Republikaner wollen und müssen einen einzigen Kandidaten haben. Er wird in einer Volksversammlung der Linken, der Kammer und des Senats bestimmt werden.

Das ist ein Vorgehen, das der republikanischen Tradition entspricht. So ist es geschehen, als der Präsident des Senats Collard im Range einer ebenso schwierigen Periode gegen Doumer zum Amtsinhaber bestimmt worden. So ist nun vorgegangen, als 1913 Poincaré aufgewählt wurde, trotzdem Poincaré als erklärter Kandidat bezeichnet wurde. Poincaré hat diese Abstimmung nicht angenommen und ist doch vor dem Kongress konstituiert geblieben. Dieses Mal aber wird es eine republikanische Disziplin geben: wenn mehrere Kandidaten in der Vollziehung der Linken angesetzt werden, wird die Mehrheit erlangend der einzige Kandidat der Republikaner sein. Die Wahl des neuen Präsidenten wird nach dem „Ouvrez“ am kommenden Freitag in Versailles stattfinden, die Abstimmung am Donnerstag. „Ouvrez“ schlägt in dieser ganzen Affäre repräsentiert die Macht und das Recht, das konstitutionelle Recht!

### Die Rechtfertigung Millerands.

Paris, 9. Juni.  
„Wallin“ glaubt zu wissen, daß der Präsident der Republik in der dem Parlament zu übermittelnden Botschaft zunächst feststellen werde, daß

entgegen der Verfassung, die das Mandat des Präsidenten auf 7 Jahre festgelegt habe, eine auf den Wahlsieg hervorgegangene politische Mehrheit die Ausübung dieses Mandates dadurch unmöglich mache, daß sie sich weigere, ein Kabinett zu bilden, das sich auf diese Mehrheit stütze. Der Präsident werde beweisen, daß ein derartiger Widerstand unzulässig sei, und daß die Grundgesetze, um die Kontinuität der Verfassung herzustellen, eine verschiedene Zeitdauer für die Mandate des Präsidenten, der Senatoren und der Deputierten festgelegt hätten.

Man würde also für die Zukunft eine außerordentlich gefährliche Schiedsrichter schaffen, wenn man die Stellung des Staatschefs von Wahljunktionen abhängig machen würde. Die Botschaft werde seiner untersetzen, daß die

Gesetz vormitig berief Millerand den Senator François Marsal ins Ellysee, um diesem die Bildung des Kabinetts anzubieten. Marsal hat angenommen. Er erklärte den Journalisten, er hoffe, am Dienstag nachmittag um 3 Uhr sein neues Kabinett der Kammer vorstellen zu können. Auf die Frage, ob die Demission Millerands bekanntgegeben würde, sagte er: „Keineswegs.“ Die Botschaft, die er am Dienstag im Auftrag des Präsidenten vor den Häusern des französischen Parlaments verlesen werde, werde keine einfache Demissionsbotschaft sein, sondern eine Stellungnahme der Kammer erforderlich. Im Anschluß hieran werde eine kurze Regierungserklärung verlesen.

Die endgültige Zusammenfassung des Kabinetts François-Marsal ist folgende: Verteilung und Finanzen: François Marsal, Justiz: Senator Natier, Augereau; Abg. Lefèvre du Prey, Innen: Senator de Geives, Krieg: Abg. Maginot, Marine: Abg. Désiré Ferré, Kolonien: Abg. Fabry, Öffentliche Arbeiten: Abg. Le Trocqueur, Arbeit: Abg. Bourdais, Freie Gebiete: Abg. Louis Marin, Wirtschaft: Abg. Capus, Öffentlicher Unterricht: Abg. Landry, Handel: Abg. P. G. Gaudin.

Haltung Millerands durchaus im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Rechte geblieben sei. Während der jüngsten Reise habe der Präsident vor seinen Willen kundgegeben, ein Kabinett zu bilden, dessen Programm vollkommen den Wünschen des allgemeinen Wählerwillens entspreche.

Was die Reden andererseits, die er in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik gehalten habe, so seien sie vollkommen in Übereinstimmung mit der Politik des jeweiligen Kabinetts geblieben, das seiner Meinung ergeben habe, und niemand habe geglaubt, dieses Kabinett über die durch den Staatschef ausgedachten Meinungen interpretieren zu müssen. Die Botschaft des Präsidenten werde schließlich zweifelsfrei erläutern, daß man unter diesen Umständen von einem Gewaltstreich einer Mehrheit und einer Verletzung der Verfassung, die durch keinen gültigen Grund gerechtfertigt werden könnte, sprechen müsse. Die Botschaft werde von den beiden Kammern verlangen, daß sie sich klar hierüber äußern und durch eine unzweideutige Abstimmung fundieren, ob sie einen konstituierenden Präsidenten annehmen wollen.

**Tochterlicher Rücktritt des Kabinetts Marsal nach der Kammerabstimmung.**

Paris, 9. Juni.  
„Wallin“ schreibt über die vorläufige Lösung der Krise: Die Gründe, die den Präsidenten der Republik veranlaßt haben, die gestern erfolgte Abstimmung zu wählen, und die folgenden: Millerand ist 1920 für sieben Jahre gewählt worden. Aus eigenem Antrieb kann er die gesetzliche Dauer seines Mandates, dessen Verpflichtungen er gewissenhaft erfüllt hat, nicht verkürzen. Er hat gemäß dem Ergebnis der Wahlen seinen Willen fundgetan, den berufenen Vertretern der neuen Mehrheit die Bildung des Ministeriums zu übertragen. Trotz seiner Bemühungen und seines guten Willens hat er keinen Erfolg gehabt. Es ist also klar, daß eine reale Meinungsverschiedenheit zwischen dem Staatschef und einem Teil der Kammer ausgebrochen ist, die nicht länger andauern kann. Wenn das Parlament den Sinn der Verfassung dadurch ändern will, daß es die Rolle, die es dem Präsidenten der Republik zugeschreibt, einnimmt, so muß dies in voller Rücksicht aufgebrochen werden.

Das von François Marsal gebildete Kabinett hat keine andere Aufgabe, als das inzwischen normale Funktionieren der konstitutionellen Regeln herzustellen. Marsal wird das Parlament auffordern, durch eine Abstimmung seine Ansicht über diese Frage, die einzige und allein gestellt ist, festzulegen. Dem Parlament wird sein Regierungsbrotzum unterbreitet werden, da das entweder angenommen oder abgelehnt werden soll.

Paris, 9. Juni.  
Wenn diese erste Reihe, in der man sich befindet, ausginge, ohne daß diese sehr wichtigen Punkte geklärt würden, würde sie in Verhandlung enden und einen gesetzlichen Präsidenten bilden. Die Regierung und ihre Freunde hätten daher die Frage eingehend geklärt und glaubten, ein Mittel gefunden zu haben, um zu verhindern, daß die Kammer sich jeder Regierungswahl entziehe und es vermiede, einen Rechtsstreit zu führen, wie es die Botschaft des Präsidenten verlangt.

**Zwischen Morgan und Morgan.**  
Politische Erneuerung in den Vereinigten Staaten.  
Von Artur Sielech, New York.

Ende Mai 1924.

Die Opposition gegen die geltenden Wirtschaftssysteme hat auf dem europäischen Kontinent Klasse von Klasse getreten und in der Schaffung der Schlachtworte „Bürger“ und „Proletarier“ die eigentliche Realität der ihnen zugrunde liegenden Begriffe mit dem Erfolg überschritten, daß zusammengehörige Kräfte zerplatteten. Wenn sich jetzt die Opposition gegen das Großkapital der Trusts und Monopolien in den Vereinigten Staaten um ein neues Parteiprojekt zu sammeln beginnt, so ist hier das Fundament von vornherein viel breiter angelegt, begünstigt durch den Umstand, daß — angehoben der sozialen Strafe der neuen Welt — das europäische Kampfwerk vom „Klassenbewußtsein“ hier mit politischer propagandistischer Erfolge hatte.

Die neue Partei, von der hier die Rede ist, wird sich in ihrer endgültigen Form am 17. Juni in St. Paul, Minnesota, konstituieren. Man erwartet, daß der bekannte sozialistische Senator La Follette zum Präsidenten oder mindestens zum Vizepräsidenten dieser Partei gewählt wird. Als die wichtigsten Kandidaten gelten die bereits bestehende Farmer-Arbeiter-Partei, worin man jedoch ebenfalls den Beweis sehen darf, daß es sich um eine, nach europäischen Begriffen, „proletarische“ oder ausgesprochen sozialistische Partei handeln wird. Dies wurde um auch durch einen der Gründer mit dem Hinweis bestätigt, daß man eine einfache Erweiterung jener Farmer-Arbeiter-Partei durch Hinzuführung der neuen Kräfte, die man daher „bürgisch“ nennen würde, nicht ablehnen hat. Der Parteiraum soll in höchstem Maße erweitert werden und während man sich auf die gemeinsame Anerkennung weniger Hauptrichtlinien als „National-Programm“ beschränken will, soll es den Parteigruppen der einzelnen Staaten überlassen bleiben, für ihre interne Arbeit besondere soziale Programme aufzustellen. Die Augenpolitis ist in dem „Nationalprogramm“ überhaupt nicht berücksichtigt worden.

So werden die nach St. Paul eingeladenen Organisationen — zu denen die örtlichen Gewerkschaften, die Farmervereinigungen, Konsumgenossenschaften und internationale Verbände gehören — zunächst nur über die folgenden fünf Punkte zu beschließen haben:

1. Nationalisierung der Eisenbahnen.
2. Aufsicht über Kapital und Kredite durch das Volk mittels Regierungs- und Gesellschaftsbanken.
3. Kontrollierung der natürlichen Ressourcen des Landes durch das Volk.
4. Wiederherstellung der in der Verfassung garantierten bürgerlichen Rechte.
5. Aufhören der behördlichen Einmischung in Arbeiter-Auseinandersetzungen und anderer Rechtsmündigkeiten.

Das Programm richtet sich schärf gegen die dreiflügelige Macht der Wallstreet, die das Kaufwerken, die Eisenbahn und die Kohle bereichert. Für die Propagierung dieser Kampfziele hat der berüchtigte Öllandkrieg wichtigen Stoff geliefert. Bisher konzentrierte sich das politische Leben der Vereinigten Staaten in zwei großen Parteien, der republikanischen und der demokratischen Partei, deren Unterschiede letzten Endes nur in den Persönlichkeiten ihrer Führer und Präsidentschaftskandidaten lagen. Während des Wahlausgangs des großkapitalistischen Systems — so wird jetzt argumentiert — sind diese Parteien

noch und nach abgeschafft worden als Dienst des Staates, der Eisenbahn, der Banken, der Produktion. Beide Parteien haben vom Großkapital Subsidien angenommen. „Doch dies eine Bedrohung war, in der Öffentlichkeit bisher nur nicht klar geworden“, sagt die Opposition. „Etwas so Unrechtes wie der Orlaudal müsste sich ereignen, um dem verbündeten Wähler zu wahren Beziehungen seiner Parteien zu Industrie und Finanz zu entzücken und zu zwingen, wie die Regierung von der Wallstreet mitspielt.“ Das Ergebnis der Parteigründung wird für Europa von einschneidender Bedeutung sein, wenn auch zunächst vielleicht nur mittelbar. Von diesem Ergebnis hängt ein großer Teil Lebensdauer oder wenigstens doch Aktionsfähigkeit des britischen Arbeitervolkes ab. Denn wie alle Länder Europas den Vereinigten Staaten mit Geld und Gut tributpflichtig sind, hängen sie auch oft an dem Nationalitätsgeiste „Öffentliche Meinung Amerikas“. Und diese öffentliche Meinung bricht vorläufig noch in Scherzkämpfen aus, wenn ein Vorwüller das Wort „Sozialismus“ ausspricht. In London weiß man dies sehr gut, und der honorable Bertrand Russell ist auch bereits ernst bemüht, die das britische Kabinett sehr gefährliche Sozialistenphrasen der großen amerikanischen Ritterstube zu heilen. Da nun auch die neue Partei schließlich irgendwo auf der Achse zwischen Morgan und Mellon stehen wird, in der Auseinandersetzung, in dem sie vor die amerikanische Öffentlichkeit treten wird, ist die Stimmung, die sich schließlich um ihr Programm und ihre Handlungen legen wird, für die soziale Geschichte der Welt in dem nächsten Jahrhundert vielleicht entscheidend.

Wir sagten bereits, daß die internationalen Fragen in dem Gründungsprogramm nicht erwähnt werden. Das Gespräch mit prominenten Gründern der „Trident Party“ därfte wir in diesen entnehmen, daß die außenpolitische Grundtendenz des neuen politischen Gebildes durchaus auf Völkerverbündung, Opposition gegen die europäische Geheimdiplomatie und Schaffung eines internationales Rechts gerichtet sein wird. Einer der Gründer erklärte uns, man würde einen wirklichen Völkerbund unterziehen, sobald aber keinen Vorteil für Europa darin, wenn zu der Majorität problematischer Geister, wie sie sich im bestehenden Völkerbund verkommen hätten, noch ein Amerikaner hinzutrete. Der künftige Wert eines Völkerbundes hänge von dem Geist ab, der in den Regierungen der angehörenden Völker herrsche. So hätte man es für das richtige, erst nach einmal den rechten Geist in die Regierung der Vereinigten Staaten zu bringen, und man würde es begreifen, wenn die Völker anderer Länder entsprechend vorgehen würden. Und dann sei es erste Voraussetzung für die Weltgemeinschaft eines Völkerbundes, daß ein Weltgerichtshof geschaffen würde, der sich aus einem von allen Staaten gebildetes internationales Recht richte. Die Staatsmoral habe sich der Privatmoral angelehn.

Aber die Anerkennung Sowjetrusslands beansprucht, erklärt uns die gleiche Persönlichkeit, man halte die Anerkennung einer freien Regierung, sobald sie einmal stabilisiert sei, für eine Selbstverständlichkeit, ob einem das Sympathie jener Regierung posse oder nicht.

Schließlich hören wir diese zwar individuelle, aber für die Ausschauungen in den Kreisen der neuen Partei doch charakteristische Meinung über den Dawes-Bericht:

„Er ist gefährlich, weil er ein dreitausend Meilen entferntes Land unter die Kontrolle von Wallstreet bringen will. Wie in Amerika wissen, was diese Kontrolle schon im eigenen Lande bedeutet. Wie wird sie sich erst in dem fremen Land auswirken, dessen Geschäftspunkte und Eigenarten man mir ungezüglich kennt? Außerdem ist zu befürchten, daß eine solche Interessierung Wallstreet am Brennpunkt der europäischen Konflikte die Vereinigten Staaten leicht in einen neuen Krieg verwickeln könnte.“

Man darf schließen, daß die neue Partei unweit des Standpunktes stehen wird, den Senator Borah eingenommen hat: daß man nämlich den Völkern

Europa helfen müsse, wenn sie danach Verlangen trocken, daß man sich aber entscheiden von der innereuropäischen Politik und ihrer Geheimdiplomatie fernhalten müsse, um nicht Gegenstand ihrer schädlichen Intrigen zu werden.

Die Parteigründung in St. Paul wird die erste große Massendemonstration gegen Wallstreet sein, die Amerika sehen wird. Die Vereinigten Staaten leben damit in die Arena, in die Europa seit Jahren um neue wirtschaftliche und politische Formen kämpft. Das Ergebnis der Parteigründung wird für Europa von einschneidender Bedeutung sein, wenn auch zunächst vielleicht nur mittelbar. Von diesem Ergebnis hängt ein großer Teil Lebensdauer oder wenigstens doch Aktionsfähigkeit des britischen Arbeitervolkes ab. Denn wie alle Länder Europas den Vereinigten Staaten mit Geld und Gut tributpflichtig sind, hängen sie auch oft an dem Nationalitätsgeiste „Öffentliche Meinung Amerikas“. Und diese öffentliche Meinung bricht vorläufig noch in Scherzkämpfen aus, wenn ein Vorwüller das Wort „Sozialismus“ ausspricht. In London weiß man dies sehr gut, und der honorable Bertrand Russell ist auch bereits ernst bemüht, die das britische Kabinett sehr gefährliche Sozialistenphrasen der großen amerikanischen Ritterstube zu heilen. Da nun auch die neue Partei schließlich irgendwo auf der Achse zwischen Morgan und Mellon stehen wird, in der Auseinandersetzung, in dem sie vor die amerikanische Öffentlichkeit treten wird, ist die Stimmung, die sich schließlich um ihr Programm und ihre Handlungen legen wird, für die soziale Geschichte der Welt in dem nächsten Jahrhundert vielleicht entscheidend.

## Die amerikanische Antwort auf den japanischen Protest.

### Regelung der Streitfrage durch einen Staatsvertrag?

London, 10. Juni.

„Buchminster Gazette“ berichtet aus New York, daß die amerikanische Antwort auf den japanischen Protest wegen der amerikanischen Einwanderungsmassnahmen unmittelbar bevorstehen. Es wird erwartet, daß das Staatsdepartement endgültig der Ansicht Ausdruck geben werde, daß die bestehenden Vertragsverpflichtungen nicht verletzt worden sind. Die Antwort werde in der freundlichen Form gehalten werden.

Staatssekretär Hughes hat die amerikanische Antwort auf die japanische Protestnote in der Auswanderungskonvention fertiggestellt. Sie soll dem Botschafter Nagacura in den nächsten Tagen überreicht werden. In japanischen Kreisen besteht die Hoffnung weiter, daß die ganze Frage doch noch durch Staatsvertrag endgültig geregelt werde. Der hier weisende frühere japanische Kriegsminister Baron Ichimori sagte am Sonnabend in einer Rede, Japan befände sich wegen des Einwanderungsgesetzes in großer Erregung, schoppe aber einige Hoffnung aus der Missbilligung, die gegen das Gesetz in verschiedenen Ländern laut geworden sei. Er hoffe die Zukunft, daß es in der Einwanderungsklausur zu einem neuen Abkommen zwischen den Regierungen von Washington und Tokio kommen werde, durch das das eben beschlossene Gesetz seine Wirklichkeit verlieren.

\* \* \*

Er ist gesichtlich, weil er ein dreitausend Meilen entferntes Land unter die Kontrolle von Wallstreet bringen will. Wie in Amerika wissen, was diese Kontrolle schon im eigenen Lande bedeutet. Wie wird sie sich erst in dem fremen Land auswirken, dessen Geschäftspunkte und Eigenarten man mir ungezüglich kennt? Außerdem ist zu befürchten, daß eine solche Interessierung Wallstreet am Brennpunkt der europäischen Konflikte die Vereinigten Staaten leicht in einen neuen Krieg verwickeln könnte.“

Man darf schließen, daß die neue Partei unweit des Standpunktes stehen wird, den Senator Borah

### isländische Heldenromane.

Richard Wagners „Ring des Nibelungen“ hat seine Wirkung noch nicht erschöpft. Gar mancher weiß, wo und wie Richard Wagner zu seinem Stoff gekommen war, aber die Nachprüfung selbst, die man gern vorgenommen hätte, die war nicht so leicht möglich, da die nordische Vorlage nicht so leicht zugänglich war. Die nordische Nibelungenlegende ist nicht nur in der Edda überliefert, sondern sie hat noch manchmal Erweiterung, Um- und Anpassung im Norden gefunden. In Island lebte am längsten die Kunst der alten germanischen Erzählung, und es ist einer der seltsam verhüllten Erinnerungen deutscher Kultur, daß wir die eindrücklichen Sagen Altnordens in laufend-fischer Bezeichnung Gelehrtem und Ungleichen, Groß und Klein wahrgenommen, daß wir aber den Mangel unserer eigenen Art nicht nachgingen. Es gehört zu den unbefriedigenden Bedenken des Verlags Eugen Diederichs in Jena, in einer großangelegten Sammlung „Thule“ altnordische Dichtung und Prosa in einfühlender Übertragung unseres Verständnis nahezubringen. Und was erst als verlegter Wagnis erschien, ist schließlich zu einem buchhändlerischen Erfolg geworden; auf eine erste Reihe von Büchern konnte eine zweite folgen, und nun liegt ein neuer Band „isländische Heldenromane“ vor, der vier Erzählungen in künstlicher Übertragung von Paul Herrmann enthält. Sie alle fehlen von der ersten bis zur letzten Seite, so daß es schwer zu sagen ist, welchen von ihnen man den Vorzug geben soll. In der Erzählung von „Kormag“ taucht eine Gestalt noch Art des Ewignen Jades auf, um die der Verfasser, aus heimischen und fremden Motiven, eine Rahmenerzählung gelegt hat. In der Geschichte von Holz Kraft haben sich Erinnerungen aus der Völkerwanderungszeit niedergeschlagen, und gerade dieser gewaltige Stoff hat in Deutschland bisher keinen Nachfolger gefunden. In Wagner Redebal haben wir einen echten Wikingerroman vor uns mit Heldenbüchern in die same Welt und schließen

Liebedabenteuern. All diese Erzählungen verfügen über einen festgeformten scharfen Fächerstiel, der jede Reflexion vermeidet und vielleicht gerade darum um so stärker packt. Worte sind den Menschen nicht gegeben, sie sprechen nur durch ihre Taten.

Doch das Hauptmerkmal dieses Buches beansprucht die „Geschichte von den Völkern“, denn sie hat weitgeschichtliche Bedeutung erlangt. Aus ihr hat die Dichtung späterer Zeiten wiederholt geschöpft. Der Nibelungenstoff ist und allen vertraut, aber weniger klar schon scheiden wir nordische und isländische Überlieferung. Gerade heute, wo der Nibelungenstoff seinen Zug durch die Welt antreibt, erleben wir, wie seine Verfasserin Thra von Harbo, mehr oder minder geschickt, ein Konglomerat aus beiden Quellen schuf. Gerade die deutsche Sage erzählt nur wenig von Siegfrieds Jugend und von seinen Eltern; und auch mit Brünhilde weist sie nichts Nechtes mehr anzuzeigen. Wohl liegt noch in langsam verdämmernder Erinnerung ihre Abstammung an der Göttlerage, aber sie selbst teilt sie fast nur als Jungfrau von unerhörter Kraft aus, deren Beziehungen zu Siegfried nur ganz verschwommen angedeutet werden. Alles in der nordischen Sage schürt anzgedüst. Wir finden den ältesten Nibelenschlag in den Einzelheiten der Edda, die aber noch nicht zum löschenlosen Ganzen sich zusammenfügen. So schuf dann, in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, ein isländischer Bearbeiter aus ihr und anderen Sagendarstellungen einen geschlossenen Roman, wenn auch nicht ganz einheitlichen Prosa-roman, der diese gesamte Familiengeschichte padend und in gedrängter Zusammenfassung erzählt. Und diese Wölfungenzeitschrift verdrängt nach und nach die Geschichte von Sigurd, weil sie ein weit umfassenderes und prächtigeres Gemäde entwarf. Sie erweiterete den Stoff nach vorwärts wie rückwärts und gab dabei auch eigene Szenen. Sie führte das Erzählen des herkömmlichen Helden zurück bis an die Grenzen menschlichen

### Mussolini's Sommerrede.

#### Berherrlichung des Faschismus.

Rom, 9. Juni.

In seiner bereits kurz geschilderten Sommerrede erklärte Mussolini u. a. die Abgeordneten der Opposition, die zur Antwortrede auf die Thronrede Stellung genommen hätten, hätten immer wieder die gleichen Gedanken geäußert. Seit 20 Monaten sei von Seiten der Opposition kein neuer politisches Moment in die Debatte gebracht worden. Überhaupt gleich sich die Haltung der Opposition in allen Ländern. Was nun von dieser Seite erwarteten Ergebnisse der Parlamentswahlen in gewissen Ländern des Kontinents anläßt, so könnte man nach den Reichstagswahlen in Deutschland nicht von einem Schritt nach links sprechen. Was Frankreich betrifft, so hätte der Linksbloß in der neuen Kammer 276 Sitze erreicht, also nur 12 Sitze mehr als die Rechte, die 246 Mandate erzielte; die 29 Kommunisten, die dazu lämen, bedeuten infolge ihrer ganzen Auseinandersetzung mit dem Faschismus für die Linken und durchaus nicht für den Rechtsblock. In England weiter hält die Konservativen trotz ihres Wahlprogramms und trotz des unpopulären Waldorf bei den Wahlen zum Unterhaus 5 359 690 Stimmen gegenüber 5 576 465 Stimmen bei den Wahlen 1922 erzielt; man könnte also auch hier nicht von einer Umstellung der Wählerschaft sprechen, dazu kommt, daß die englische Arbeitspartei durchaus verschieden sei von den übrigen sozialistischen Parteien des Kontinents; sie sei

das Ergebnis einer Jahrhundertelangen Geschichte. Was endlich Italien anläßt, so seien auf die nationale Liste 4 800 000 Stimmen entfallen, und selbst wenn man 1,8 Millionen Stimmen davon abziehe, so bleiben noch 3 Millionen Wähler, die sich für den Faschismus entschieden, d. h. ebenso viel wie alle zusammen genommen, die ihre Stimme für die Opposition abgaben. Die unterlegenen Parteien versuchen vergebend das Wahlergebnis zu falschen.

Die Billigung der faschistischen Regierung sei bewiesen durch den Willen des Volkes und durch die Zahlen von 700 000 faschistischen Gruppen mit 700 000 Mitgliedern. Während seiner ganzen Geschichte habe Italien keine politische Bewegung von solcher Bedeutung erlebt wie die faschistische.

Nach einer Wiedergabe der nationalen Miliz als einer bewundernswerten Manifestation des Faschismus erklärte Mussolini weiter, noch eine bedeutsame Erscheinung bedürfe der Erwähnung: die Rückkehr des italienischen Volkes zur Ordnung, nachdem es entdeckt, daß ihm die denkbare größte Freiheit gewährt sei. Seit 1922 habe das nationale Leben fortgesetzt einen Aufschwung genommen, und niemand könne leugnen, daß alle Lebensadern der Nation wieder in vollem Flusse seien. Das Verdienst an dieser Entwicklung geht natürlich der faschistischen Regierung, Mussolini kam dann auf die Außenpolitik zu sprechen und erklärte u. a., mehrere Fragen von größerer und geringerer Bedeutung seien in einer für die Belange Italiens zuständigstellenden Weise geordnet worden. Es gebe allerdings noch ein großes Problem, das einer Regelung habe: das Reparationsproblem.

In dieser Beziehung bedeute es eine Verleichterung, daß Stegeman den Bericht des Dawes-Komitees anzunehmen erklärt.

Im Übrigen glaubte er (Mussolini), daß die Lage Italiens im Vergleich zu den anderen Staaten sich sehr verbessert habe. Die Ungefährdung gewisser Verträge erlaube seine Entlastung. Mussolini wird weiter auf die Störung des Gleichgewichts in Europa und die daher drohende Gefahr von Krisen hin und erklärte, Italien müsse wachsam bleiben und seine militärischen Streitkräfte, Amer., Marine und Luftwaffe, bereit halten. Italien müsse auch im Völkerbund bleiben; denn der Völkerbund erfordert und entscheidet Fragen von Bedeutung, wobei Italien nicht fernbleiben dürfe. Mussolini endete seine Rede mit der Erklärung, daß alles getan werde, müssen zur vollen Gesundung des Landes. „Wir haben das Recht und die Pflicht, den heiligen Körper des Vaterlandes zu ernähren!“ Als Mussolini schloß, erhoben sich die Abgeordneten und spranden dem Redner unter Beifall, als Mussolini nach der Abstimmung des Kammer der Signatur stand.

### Einhaltung des Gentlemenvertrages.

Washington, 10. Juni.

Das Staatsdepartement hat von der amerikanischen Botschaft in Tokio die Nachricht erhalten, daß Japan den Gentlemenvertrag, d. h. die freiwillige Einschränkung der Einwanderung eingehalten hat, obgleich die amerikanische Einwanderungsgesetz noch nicht in Kraft gesetzt ist.

**Rücktritt des japanischen Kabinetts.**

Paris, 10. Juni.

Aus Tokio wird gemeldet: Das Kabinett ist zurückgetreten. „New York Herald“ meldet aus Washington, in offizieller Kreisen wird gegenüber der Nachricht, daß Anto mit der Reibildung des Kabinetts beauftragt worden sei, grünes Einwilligen bewilligt. Es besteht ein ungwidriges Gefühl der Besorgnis darüber, daß der Mann, der in Washington als ein Amerikanus kindlicher als jeder andere japanische Parteiführer betrachtet werde, zur Regierung gelangt ist.

\* \* \*

### Boykott gegen amerikanische Filme.

London, 10. Juni.

Reuter meldet aus Tokio: Die höchsten Filmematographischen Gesellschaften haben gestern den Boykott gegen die amerikanischen Filme beschlossen und ihre Kollegen in ganz Japan aufgefordert, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

**Die gelöste Jubaland-Frage.**

London, 10. Juni.

Neuer berichtet, die britischen und die italienischen Gesandtschaften, die sich mit der Frage der Abgrenzung des Jubalandes beschäftigen, haben ihre Arbeit beendet und ein Abkommen entworfen, in dem die Einzelheiten der neuen Grenze, die sich an die Milner-Seljojo-Linie halten werde, festgesetzt werden. Die Bekanntmachung wird binnen kurzen von den Regierungen unterzeichnet werden.

Leitung von Fritz Busch in Rückicht genommen. Mit Richard Strauss, dessen 60. Geburtstag in diesen Tagen von der gesamten musikalischen Welt gefeiert wird, hat die Generaldirektion des Staatstheaters eingehende Verhandlungen geplante, deren Ergebnisse jetzt bekanntgegeben werden können. Mit Rückicht auf die Dispositionen des Meisters lehnt sich seine persönliche Teilnahme an einer Straußwoche, auf die die Staatsoper den größten Wert legt, zeitig nicht ermöglichen. Dagegen wird Richard Strauss im Herbst innerhalb einer Strauß-Woche einige seiner Opern, sowie ein Symphonie-Konzert dirigieren und überdies an den Proben zur Neuauflage des „Intermezzo“ teilnehmen. Die Überlassung dieser Uraufführung, um die sich alle großen deutschen Opernbühnen bemüht haben, ist als ein erfreuliches Zeichen für die guten Beziehungen anzusehen, die Richard Strauss mit der Dresden Staatsoper verbinden. Im September wird die Uraufführung der „Josephslage“ unter musikalischer Leitung von Fritz Busch und in der Inszenierung durch die neuverpflichtete Leiterin des Balletts Ellen Peh, die auch die Partie des „Poliphil“ darstellen wird. Am gleichen Abend geht „Feuer und Wasser“ neu aufgeführt, ebenfalls unter Leitung von Fritz Busch, in der Szene. — Unter Hermann Aufschbachs Leitung wird „Ariadne auf Naxos“ in der zweiten Fassung neu aufgeführt werden. Außerdem wird eine Neuinszenierung der „Salomé“ vorbereitet.

Die Festspielwoche in Bad Ettel, die nun mehr endgültig auf die Tage vom 28. Juni bis einschließlich 4. Juli festgelegt worden ist, verspricht ein Ereignis für ganz Deutschland zu werden. Außer dem fiktiven Ministerpräsidenten Heldt sind auch der fiktive Minister des Inneren Müller und Finanzminister Dr. Reinhold dem Ehrenausschiff beigegeben. Die Opern „Carmen“ und „Barbiere von Sevilla“, sowie die Operette „Hänsel und Gretel“ werden von Bandellapellmeister H. Aufschbach (Dresdner Staatsoper) dirigiert werden, während Kapellmeister Schmidt (Bad

## Ein wichtiges Vereinbarung der britischen Arbeiterpartei mit den französischen Sozialistisch-Radikalen.

London, 9. Juni.

Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt: Letzthin hat ein wichtiger Gedankenauftausch durch private Kanäle zwischen Vertretern der britischen Arbeiterpartei und den französischen Sozialistisch-Radikalen stattgefunden. In diesen Erörterungen sei ein ziemlich umfassendes Vereinbarung erzielt worden. Diese Abkommen werde gleichzeitig behandeln die Durchführung des Dawesplanes mit der darauf folgenden wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes und Rheinlandes, sobald Deutschland die notwendigen Maßnahmen ergriffen hat und die internationalen Leistungen in der Lage seien, die ihnen zugewiesenen Organisationen zu übernehmen, die sofortige Herabsetzung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes auf ein unsichtbares Maß und ihre Beseitigung, sobald die Durchführung des Dawesberichtes unter deutscher Mitwirkung vonstatten geht, die Lösung der Sicherheitsfrage durch den Völkerbund, wobei Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden soll, baldigste Übertragung der Kontrolle der deutschen Rüstungen auf den Völkerbund nach Durchführung der vor kurzem vorgeschlagenen neuen interalliierten Untersuchung, und eine Erörterung über die allgemeine Rüstungsverminderung.

## Rücktritt der litauischen Regierung.

Kowno, 9. Juni.

Im Sejm stand die dritte Lesung einer Vorlage fest, der zufolge die litauische Regierung mit Hilfe einer englischen Anleihe den Ausbau der Bahnlinien Schaulen-Trottingen und Kaslu-Taurage vorbereitet. Die christlichen Demokraten als politische Partei erklärten sich als Gegner dieses Projektes, was heile Empörung auslöste. Verschiedene kirchliche Organisationen forderten die Überarbeitung der Abgeordneten. In der Abstimmung am Sonnabend wurde das Projekt mit 31 gegen 21 Stimmen abgelehnt und ein Gegenantrag der christlichen Demokraten angenommen, der den sofortigen Bau einer direkten Bahnlinie Memel-Kowno und verschiedener Volksbahnen verlangt. Die Mittel sollen durch englische Anleihen beschafft werden. Ministerpräsident Galvanauskis ist dazu mit der gesamten Regierung zurückgetreten.

## Beschlüsse der Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale.

Wien, 8. Juni.

Nach einer Meldung der "Sozialdemokratischen Korrespondenz" berichtete die Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale ihre Beratungen. Die Exekutive prüfte die durch das Sicherheitsgutachten geschaffene internationale Lage, sollte sich, daß alle unmittelbar beteiligten sozialistischen und Arbeiterparteien dem Sicherheitsgutachten gegenüber eine vollständig übereinstimmende Haltung einnahmen, und bestätigte die in Luxemburg gefassten Beschlüsse. Die Exekutive hörte einen Bericht über die

(Forts.) die jugoslawische Leitung der Alledermania übernommen hat. Als Carmen wurde die Kammerjungfrau Aristide Pabila von der Staatsoper in Berlin verpflichtet. Weiter wurden für die Festaufzüge, neben anderen gewonnen: Vera Schwarz (Staatsoper Berlin und Wien), Mimi Brück (Wien), Jema Tervani (Staatsoper Dresden), A. Nikolai (Staatsoper Dresden), Kammersängerin Liesel v. Schmid (Staatsoper Dresden), Kammersänger Kraus (Staatsoper München), Glawitsch (Wien), sowie die Kammersänger und Mitglieder der Sächsischen Staatsoper in Dresden Dr. Stegermann, Blasche, Arnold und Zottmar.

**Preisabschreiten der Volkshochschule Wiesbaden.** Nach einem überaus erfolgreich verlaufenen Märchenwettbewerb schreibt die Volkshochschule Wiesbaden jetzt einen neuen Wettbewerb aus mit dem Thema: "Eine dramatische, bühnenwirksame Dichtung aus dem Herzen der Jugendbewegung". Die Tendenz des Südens ist gleichgültig; jede Dichtung der Jugendbewegung kann dem Süden Charakter und Farbe geben und ebenso kann es Tragödie, Schauspiel, Märchenspiel oder Lustspiel sein. Entscheidend bleibt, daß es bühnenwirksam und ein echtes Kunstwerk ist. Schlusstermin für Einreichungen ist der 1. Januar 1925. Die näheren Bedingungen sind von der Geschäftsführerin der Volkshochschule, Abteilung C, Wiesbaden, Pyrmont 2, am Postplatz, gegen Einreichung von 1 G.M. zu erlangen.

**Die Bewohner des Altimandshaus.** Der Altimandshaus, der höchste Berg Afrikas, in der Nähe des Äquators auf Tropenglat mit seinem Gipfel in ewigen Schneen ragend, steht und befindet sich besonders nahe, weil er in dem füheren Deutsch-Ostafrika gelegen ist. Deutsche sind es gewesen, die zuerst den Gipfel des Berges, der sie die Eingeborenen stets unzugänglich war, begangen haben. Die Bewohner dieses Hochgebirges, die auf den Berghöhen lebend, den Europäern lange Zeit unbekannt blieben, sind ein sehr interessantes Volk, zu dessen Erforschung schon deutsche Ethnologen manches beigetragen haben.

## Die amtliche Widerlegung Ludendorffs.

### Neue Dokumente gegen die "Dolchstoß"-Lüge.

Berlin, 9. Jun.

Sofern ist das amtliche Weißbuch über den Waffenstillstand von 1918 in neuer Auflage herausgegeben worden. Es ist vermehrt um weitere Dokumente aus den Akten der Obersten Heeresleitung, die erst später aufgefunden worden sind. Durch diese nunmehr fast lädenlose Zusammenstellung der amtlichen Dokumente wird das Verhalten Ludendorffs in den letzten Tagen vor und nach der Herausgabe des Waffenstillstandsangebotes noch deutlicher, als es bisher schon der Fall war. Und damit wird, wie der "Vorwärts" dazu bemerkt, "gleich auch sein dreites Gerede vom 'Dolchstoß'" horaliterisiert, das er bis in die neuzeitliche Zeit, mit Hilfe geschilderter Bitale, fortgesetzt hat.

Im Weißbuch werden noch einmal die schon bekannten bringenden Forderungen Ludendorffs dokumentarisch aufgeführt, schließlich eine Bitte um Waffenstillstand

an den Präsidenten Wilson, ob seine Bedingungen auch vorbehaltlos angenommen würden. Es hätte u. a. auch die Räumung der besetzten Gebiete verlangt und die Frage gestellt, ob der Kaiserstag von Baden "nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht", die bisher den Krieg geführt haben.

Zusammenfassend wird in der Auflösung eine Reihe von Dokumenten des Reiches erläutert, die bisher den Krieg geführt haben. Und damit wird, wie der "Vorwärts" dazu bemerkt, "gleich auch sein dreites Gerede vom 'Dolchstoß'" horaliterisiert, das er bis in die neuzeitliche Zeit, mit Hilfe geschilderter Bitale, fortgesetzt hat.

Im Weißbuch werden noch einmal die schon bekannten bringenden Forderungen Ludendorffs dokumentarisch aufgeführt, schließlich eine

Bitte um Waffenstillstand

an den Präsidenten Wilson, ob seine Bedingungen auch vorbehaltlos angenommen würden. Es hätte u. a. auch die Räumung der

besetzten Gebiete verlangt und die Frage gestellt,

ob der Kaiserstag von Baden "nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht", die bisher den Krieg geführt haben.

Und damit wird, wie der "Vorwärts" dazu bemerkt, "gleich auch sein dreites Gerede vom 'Dolchstoß'" horaliterisiert, das er bis in die neuzeitliche Zeit, mit Hilfe geschilderter Bitale, fortgesetzt hat.

Im Weißbuch werden noch einmal die schon

bekannten bringenden Forderungen Ludendorffs

dokumentarisch aufgeführt, schließlich eine

Bitte um Waffenstillstand

an den Präsidenten Wilson, ob seine Bedingungen auch vorbehaltlos angenommen würden. Es hätte u. a. auch die Räumung der

besetzten Gebiete verlangt und die Frage gestellt,

ob der Kaiserstag von Baden "nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht", die bisher den Krieg geführt haben.

Und damit wird, wie der "Vorwärts" dazu bemerkt, "gleich auch sein dreites Gerede vom 'Dolchstoß'" horaliterisiert, das er bis in die neuzeitliche Zeit, mit Hilfe geschilderter Bitale, fortgesetzt hat.

Im Weißbuch werden noch einmal die schon

bekannten bringenden Forderungen Ludendorffs

dokumentarisch aufgeführt, schließlich eine

Bitte um Waffenstillstand

an den Präsidenten Wilson, ob seine Bedingungen auch vorbehaltlos angenommen würden. Es hätte u. a. auch die Räumung der

besetzten Gebiete verlangt und die Frage gestellt,

ob der Kaiserstag von Baden "nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht", die bisher den Krieg geführt haben.

Und damit wird, wie der "Vorwärts" dazu bemerkt, "gleich auch sein dreites Gerede vom 'Dolchstoß'" horaliterisiert, das er bis in die neuzeitliche Zeit, mit Hilfe geschilderter Bitale, fortgesetzt hat.

Im Weißbuch werden noch einmal die schon

bekannten bringenden Forderungen Ludendorffs

dokumentarisch aufgeführt, schließlich eine

Bitte um Waffenstillstand

an den Präsidenten Wilson, ob seine Bedingungen auch vorbehaltlos angenommen würden. Es hätte u. a. auch die Räumung der

besetzten Gebiete verlangt und die Frage gestellt,

ob der Kaiserstag von Baden "nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht", die bisher den Krieg geführt haben.

Und damit wird, wie der "Vorwärts" dazu bemerkt, "gleich auch sein dreites Gerede vom 'Dolchstoß'" horaliterisiert, das er bis in die neuzeitliche Zeit, mit Hilfe geschilderter Bitale, fortgesetzt hat.

Im Weißbuch werden noch einmal die schon

bekannten bringenden Forderungen Ludendorffs

dokumentarisch aufgeführt, schließlich eine

Bitte um Waffenstillstand

an den Präsidenten Wilson, ob seine Bedingungen auch vorbehaltlos angenommen würden. Es hätte u. a. auch die Räumung der

besetzten Gebiete verlangt und die Frage gestellt,

ob der Kaiserstag von Baden "nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht", die bisher den Krieg geführt haben.

Und damit wird, wie der "Vorwärts" dazu bemerkt, "gleich auch sein dreites Gerede vom 'Dolchstoß'" horaliterisiert, das er bis in die neuzeitliche Zeit, mit Hilfe geschilderter Bitale, fortgesetzt hat.

Im Weißbuch werden noch einmal die schon

bekannten bringenden Forderungen Ludendorffs

dokumentarisch aufgeführt, schließlich eine

Bitte um Waffenstillstand

an den Präsidenten Wilson, ob seine Bedingungen auch vorbehaltlos angenommen würden. Es hätte u. a. auch die Räumung der

besetzten Gebiete verlangt und die Frage gestellt,

ob der Kaiserstag von Baden "nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht", die bisher den Krieg geführt haben.

Und damit wird, wie der "Vorwärts" dazu bemerkt, "gleich auch sein dreites Gerede vom 'Dolchstoß'" horaliterisiert, das er bis in die neuzeitliche Zeit, mit Hilfe geschilderter Bitale, fortgesetzt hat.

Im Weißbuch werden noch einmal die schon

bekannten bringenden Forderungen Ludendorffs

dokumentarisch aufgeführt, schließlich eine

Bitte um Waffenstillstand

an den Präsidenten Wilson, ob seine Bedingungen auch vorbehaltlos angenommen würden. Es hätte u. a. auch die Räumung der

besetzten Gebiete verlangt und die Frage gestellt,

ob der Kaiserstag von Baden "nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht", die bisher den Krieg geführt haben.

Und damit wird, wie der "Vorwärts" dazu bemerkt, "gleich auch sein dreites Gerede vom 'Dolchstoß'" horaliterisiert, das er bis in die neuzeitliche Zeit, mit Hilfe geschilderter Bitale, fortgesetzt hat.

Im Weißbuch werden noch einmal die schon

bekannten bringenden Forderungen Ludendorffs

dokumentarisch aufgeführt, schließlich eine

Bitte um Waffenstillstand

an den Präsidenten Wilson, ob seine Bedingungen auch vorbehaltlos angenommen würden. Es hätte u. a. auch die Räumung der

besetzten Gebiete verlangt und die Frage gestellt,

ob der Kaiserstag von Baden "nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht", die bisher den Krieg geführt haben.

Und damit wird, wie der "Vorwärts" dazu bemerkt, "gleich auch sein dreites Gerede vom 'Dolchstoß'" horaliterisiert, das er bis in die neuzeitliche Zeit, mit Hilfe geschilderter Bitale, fortgesetzt hat.

Im Weißbuch werden noch einmal die schon

bekannten bringenden Forderungen Ludendorffs

dokumentarisch aufgeführt, schließlich eine

Bitte um Waffenstillstand

an den Präsidenten Wilson, ob seine Bedingungen auch vorbehaltlos angenommen würden. Es hätte u. a. auch die Räumung der

besetzten Gebiete verlangt und die Frage gestellt,

ob der Kaiserstag von Baden "nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht", die bisher den Krieg geführt haben.

Und damit wird, wie der "Vorwärts" dazu bemerkt, "gleich auch sein dreites Gerede vom 'Dolchstoß'" horaliterisiert, das er bis in die neuzeitliche Zeit, mit Hilfe geschilderter Bitale, fortgesetzt hat.

Im Weißbuch werden noch einmal die schon

bekannten bringenden Forderungen Ludendorffs

dokumentarisch aufgeführt, schließlich eine

Bitte um Waffenstillstand

an den Präsidenten Wilson, ob seine Bedingungen auch vorbehaltlos angenommen würden. Es hätte u. a. auch die Räumung der

besetzten Gebiete verlangt und die Frage gestellt,

ob der Kaiserstag von Baden "nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht", die bisher den Krieg geführt haben.

Und damit wird, wie der "Vorwärts" dazu bemerkt, "gleich auch sein dreites Gerede vom 'Dolchstoß'" horaliterisiert, das er bis in die neuzeitliche Zeit, mit Hilfe geschilderter Bitale, fortgesetzt hat.

Feldmarschall löst Entwurf zu einem Telegramm an Seine Majestät und einem Tele-

gramm an Reichskanzler für Erzherzog Luden-

dorff durchtelephoniert, um dahin zu bitten,

dass keine entwürdigende Antwort an

Wilson erliebt wird.

10. Oktober, 12 Uhr 30 nachmittags.

1. Erzherzog Ludendorff rät von der Ab-

sendung des Telegramms ab. Sie Lage

erscheint ihm gespannter an.

Die Räumung werden wir gründlich

noch zusammen müssen.

2. Entwurf für militärischen Teil der

Antwort an Wilson wird durch Fernsprecher

übergegeben.

Bei diesen Erörterungen handelt es sich um

die Räumung Wilsons, ob seine Bedingungen auch

Tenero (Provinz Coletta), 10. Juni.  
3000 Landarbeiter, die mit den neuen Gewerken, welche der eingesetzte Bürgermeisterkretter von Tenero ausgeschrieben hatte, unzufrieden waren, rückten in die Stadt ein, zerstörten durch Brand die Oberbürgermeisterei und das städtische Gewerbeamt. Die Ordnung wurde wiederhergestellt.

### Der Parteitag der B. S. P. D.

Berlin, 9. Juni.

Noch zweijähriger Pause tritt am 11. Juni wieder ein Sozialdemokratischer Parteitag zusammen. Es wird der erste sein, der nach der Verabschiedung der beiden sozialdemokratischen Gruppen durch den kurzen Einigungsabgeordnetenrat in Nürnberg 1922 stattfindet.

In einem Bericht des Parteivorstandes, der dem Parteitag vorgelegt werden wird, findet die augenscheinliche Lage folgende Darstellung:

Der Eifer unserer Gegner auf der äußeren Rechten und an der außensten Linken, die unerhörten Geldmittel, die diesen Parteien zur Verfügung standen, die Gewissenslosigkeit und Selbstlosigkeit, mit der sie gegen die Sozialdemokratie ausgingen, zwangen unsere Partei vorübergehend in die Defensive. Aber wir sind aus der Vertheidigung zum Angriff vorwärtsgetreten. Das Ergebnis der Landtagswahl in Thüringen, in Sachsen-Anhalt und in Bayern zeigte uns einen Tiefpunkt der Bewegung, aber das Ergebnis der Reichstagswahl in diesen Ländern beweist uns, daß wir wieder vorwärtsgetreten, daß unsere Freunde, trotz allem Elends, trotz aller Not, trotz allem Übermaß der Unternehmertasse, trotz allen Schamhafterlässen der großen Herren, wieder hoffnungsfreudig in den politischen und den gewerkschaftlichen Kampf eintreten. Wir sind in vielen Teilen Deutschlands aus der Defensive in die Offensive übergegangen. Überall zeigt sich die alte Opferbereitschaft unserer Parteigenossen und -genossinnen. Unsere Freiungen, die außerordentlich schwer unter der Inflation gelitten haben, haben sich erholt. Ihre Auslagen liegen von Woche zu Woche, ihre finanziellen Noten, die uns zeitweise sehr bedrückten, sind beseitigt. Eine Reihe neuer Organe kommt ins Leben gerufen werden; ihre Verbreitung hat sofort alle Erwartungen überflügelt. Zahlreiche neue Organisationen sind gegründet, alle gefestigt worden; in manchen Orten haben wir Mitgliederzahlen, wie wir sie niemals vorher gezählt haben. Die Wahlen zeigen einen Eifer und eine Selbstlosigkeit der Parteigenossen auf die wir stolz sind. Mäßmut und Verdrossenheit sind überall im Weichen. Hoffnungsfreudigkeit und Belebtheit in die Partei soll wieder so lebhaft sein, wie in den besten Zeiten unserer Kampfpartei.

Die Tagessitzung des Parteitages ist sachlich und nützlich. Außer den Berichten des Parteivorstandes und der Fraktion wird ein Rückblick auf die Wahlen das Interesse in Anspruch nehmen.

### Aus Sachsen.

#### Reichsbund-Tagung der Kriegsbeschädigten.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer, Kriegsverletzten (zg. Berlin) hielt während der Pfingstferiitage in Dresden seinen dritten Deutschen Tag in Gegenwart von Vertretern der Reichsregierung, der sächsischen Staatsregierung, zahlreicher Gemeinden usw. ab. Es waren über 200 Delegierte und 60 Gauleiter aus allen Teilen des Reiches erschienen, ferner Vertreter der polnischen und tschechoslowakischen Brudergesellschaften.

Die Gründung des Bundesrates erfolgte am Freitag nachmittag mit einer Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden, Kammeraum Marstall-Berlin, der sich dabei gegen den Abbau auf dem Gebiete der Kriegsopferversorgung und -fürsorge wendete.

Es folgten Begrüßungsansprachen des Ministerialrats Kerschensteiner vom Reichsbauministerium, des Regierungsrats Leichmann vom Reichswirtschaftsministerium, des Ministerialrats Dr. Ritter vom sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtministerium, des Reichsanwaltsbüro des Regierungsrats Dr. Scherer vom Hauptversorgungsamt usw.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Sonnabend.

Der Bundessprecher Marckel eröffnete den Geschäftsbereich. Die Organisation hat selbstverständlich unter der Zuständigkeit noch zu leiden gehabt; gegenwärtig befindet sie sich aber überall wieder im Aufbau. Die Zahl der Mitglieder und Gruppengruppen ist im ständigen Wachsen begriffen. Mit ihnen sind 400 000 Mitgliedern in der Reichsbund der weißen Kriegsopferorganisation. Sie in den letzten Jahren geführte Einigungsbewegungen mit den Brudergesellschaften sind gescheitert. Der Reichsbund hält nach wie vor an dem Grundsatz der parteipolitischen und religiösen Neutralität fest. Selbst die sozialpolitische Arbeitgemeinschaft mit den anderen Organisationen hat wegen der dabei gemachten Erfahrungen wieder aufgegeben werden müssen. Mit den Brudergesellschaften im Ausland werden freundschaftliche Beziehungen unterhalten.

Es folgte der Bericht des zweiten Bundesvorsitzenden Konrad Pfänder, Berlin, des Vorsitzenden der Sozialpolitischen Abteilung über

#### Die Kriegsopferversorgung und -fürsorge.

Der Berichtsherr legt keinen Zweifel darüber, daß umfang, Art und Art der Kriegsopferfürsorge nicht bestimmt werden von dem Stande der Sozialpolitik im allgemeinen, sondern auch von dem Stande der deutschen Wirtschaft und von der Auf-

rechterhaltung der Staatsordnung. Niemals werden man zu einer Kriegsopferfürsorge in dem als notwendig erkannten Maße gelangen, solange uns in sozialpolitischer und wirtschaftlicher Beziehung durch das Verschärfen Friedensdiktat Gefahr angelegt sind.

Wie sind durch den Ausgang des Krieges außerordentlich ärmer geworden, wenn auch die Lage nichts ändert, daß es eine dicke Schicht von Schwachern vorhanden hat, sich aus der Not des Volkes heraus in gewissenlosiger Weise zu bereichern.

Im Rahmen der heutigen Wirtschaft und Finanzkraft unseres Staates

müßte jedoch die Steuergebiebung die Leistungsfähigkeit zu den ältesten Opfern heranziehen. Dann vertrittende Pfändung über die Abgaben der Sozialpolitischen Abteilung sei dem Wirtschaftsbericht beigegeben. Zur Vorbereitung der Fürsorgepflichtige sei ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft intendiert. Die Kriegsopfer müssten unbedingt von der Armenfürsorge ferngehalten werden. Daß an vielen Kriegsopfern mit der Abhandlungsumme begangene Unrecht müsse wieder gutgemacht werden. Schäfste Juridizierung verdiente die von der Reichsregierung auf Grund des Erneuerungsgesetzes vorgenommene Verhältnisierung des Verantwortungsbereiches. Die unmöglich im Sinne des Gesetzes gelegten haben könne. Die Kriegsopfer seien in den Kampf gegangen für die Einheit des Reiches und deshalb richten sich ihre Verfolgungswünsche auch gegen das Reich, nicht gegen die einzelnen Selbstverwaltungskörper.

Am dritten Deutschen Tag in Gegenwart des Reichsministers für Arbeit und des Reichsministers für Wirtschaft und Handel, Königstein, über den gegenwärtigen Stand der Versorgung und Fürsorge entsagten. Der Redner sprach ausführlich das Reichsvertragsgebot von 1920, das er als längst überholt und gänzlich unzureichend bezeichnete, die Frage der Schwerbehindertenfürsorge und die neue Verordnung über die Fürsorgepflicht.

Ter Brüderhofer und die beiden Referate von Pfändner und Schönwald wurden dann in gemeinsame Aussprache genommen, die sich auch auf die hierzu vorliegenden Anträge, die sich auf mehr als 200 belaufen, erstreckte. Ministerialrat erläuterte einen vom Reichsbauministerium betriebenen Wiederaufbau und eine gute Kriegsopferfürsorge zusammengehörigen. Mit aneckender Formulierung erfuhr der Brüderhofer, daß es eine gute Kriegsopferfürsorge zu ermöglichen sei, daß ein Wiederaufbau möglich sei. Nach dem sehr knapp dargestellten Vorantrage erfordert die Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen jährlich 719 Goldmillionen.

Davon entfallen 417 Goldmillionen auf die Renten und 263 auf die Zusatzrenten. Ein Anteil des gesamten Reichsbudgets wird lediglich für Renten und Infanterien der Kriegsopfer ausgetragen. So ließe die Rente auch für den Einzelnen sei. Es müsse man doch bedenken, was eine allgemeine Erhöhung der Rente also auch nur um 10 Prozent bedeute, und man werde et erkennen, welche Schwierigkeiten für die Regelung entstehen. Die Dinge liegen so, daß eine finanzielle Aufweitung der Renten für den Reichsbund weniger in Gewicht kommt als eine Ausdehnung der Renten der Kriegsopfer. Man müsse auch berücksichtigen, daß eine Rentenversorgung viele teilnehmen, deren Teilnahme am Kriege jetzt befehlten war. Der Elternverein sei eines der schwierigsten Kapitel der Belehrung. Beim Erlass der Verordnung über die Fürsorgepflicht, eine der Maßnahmen, um einen Annahmehandel zwischen Stadt und Landgemeinde herzustellen, habe keine Organisationsmitglieder, die sich für die Regelung interessieren. Die Dinge liegen so, daß eine finanzielle Aufweitung der Renten für den Reichsbund weniger in Gewicht kommt als eine Ausdehnung der Renten der Kriegsopfer. Man müsse auch berücksichtigen, daß eine Rentenversorgung viele teilnehmen, deren Teilnahme am Kriege jetzt befehlten war.

Der Elternverein sei eines der schwierigsten Kapitel der Belehrung. Beim Erlass der Verordnung über die Fürsorgepflicht, eine der Maßnahmen, um einen Annahmehandel zwischen Stadt und Landgemeinde herzustellen, habe keine Organisationsmitglieder, die sich für die Regelung interessieren. Die Dinge liegen so, daß eine finanzielle Aufweitung der Renten für den Reichsbund weniger in Gewicht kommt als eine Ausdehnung der Renten der Kriegsopfer. Man müsse auch berücksichtigen, daß eine Rentenversorgung viele teilnehmen, deren Teilnahme am Kriege jetzt befehlten war.

#### Abschaltung eines praktischen Maschinenlehrzuges.

Zum Zwecke der Unterweisung landwirtschaftlicher Arbeiter und Beamten in der Behandlung und Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen wird von Montag den 23. Juni bis Mittwochtag den 26. Juni in den Viergräumen der Zentral- und Werkstatt der Dresdner R. - Arsenal in der Planstraße und in der Telekomwagenfabrik C. A. Münker in Altstadt-Schloß Polen ein praktischer Unterrichtslehrgang stattfinden. Es sollen sowohl die Bodenbearbeitungsgeräte als auch alle Arbeitsmaschinen zu erlernen, Düngung und Ernte sowie für die Pflege der Pflanzen und zum Ausbringen der Fäden für den Unterricht herangezogen werden.

Der Unterricht beginnt am Montag, den 23. Juni, vormittags 8 Uhr, im Arsenal in Dresden-R. in der Planstraße, wird von Werkstättern und Montieren der Gesellschaft erledigt und Donnerstag den 26. Juni geschlossen. Die Kosten des Unterrichts, sowie die Fahrt der Teilnehmer werden von der Zentral- und Werkstatt der Dresdner R. - Arsenal am Montag, den 23. Juni, vormittags 8 Uhr bis Oberhaindorf (Anfahrt 9,56) und zurück von Solpeln (ab nachmittags 2,50) nach Dresden tragen der Landeskulturbund. Der Archiv beginnt pünktlich. Die Teilnehmer müssen sich daher rechtzeitig einzufinden und sich auch mit einem Arbeitsanzug versehen, da der Lehrgang ein praktischer. Anmeldung zur Teilnahme an dem Unterricht sind bis spätestens den 18. Juni an die Hauptverwaltung des Landeskulturbundes in Dresden-R. Eilenstraße 14, zu richten.

#### Zur Volkswohlfahrtswoche in Nördlich.

(N.) Vielehnen Anregungen entsprechend, hat sich die Landesstelle für freies Volksbildungswerken entschlossen, auf der diesjährigen Volkswohlfahrtswoche in Nördlich vom 13. bis 20. Juli, neben den angekündigten 3 Arbeitsgemeinschaften, eine besondere für jugendliche Teilnahme einzurichten. Das Alter der Teilnehmer soll im allgemeinen 16–20 Jahre betragen. Väter der Arbeitgemeinschaften wird sein: Dr. Schäffer, Kästner an der Volkschule Nördlich, um den 3. und 4. Platz. Das Spiel hand-

schule in Leipzig. Das Thema lautet: Jugend und Kultur. Die Fragen der Jugendbewegung, Teilnehmerbeitrag für die Jugendlichen einschließlich Unterkunft und Verpflegung für 8 Tage: 5 Goldmark. Anmeldungen mit genauer Angabe von Name, Wohnung und Alter sind zu richten an die Landesstelle für freies Volksbildungswerk im Ministerium für Volksbildung. Dresden-Reichenbach, Garolayplatz 2.

#### Verlämpft die Stachelschrauben.

(N.) Aus verschiedenen Teilen Sachsen geben täglich bei der Hauptstelle für Pfamenschutz, Dresden-R. Schlossallee 2, Klagen über Pfarrhof der Stadtkirche und Johanniskirchestrasse durch die Männer des Goldenen Stachelschraubentriebe ein. Der Drang bringt die Freude zu vorzeitigen Abschlüssen und wiederholt sich, bei günstiger Weise, dreimal im Verlaufe des Sommers. Die Vermehrung des Abschlusses beeinträchtigt die Tragödie auch den Holzgeschenk und läuft zur Vernichtung der Sträucher führen. Gegen die freudigen Raupen kann willkürlich vorgegangen werden, indem man die Sträucher mit Tomatenmehl oder Staubflocken häuft. Man befreit sich dazu eines durchlässigen Leinenbeutes, der zur Hälfte mit dem trockenen Pulpa gefüllt und dann am laufenden Meter über den Sträuchern heftig geschüttet. Unter ihren Kronen aber gefestigt wird. Die Raupen sollen dann zu Boden und verbunghen. Die Stärkung ist im Bedarfsfalle zu wiederholen. Durch dieses Umbringen des Bodens unter den Sträuchern unter starkem Aufschlag und nachherigem Gestampfen lassen sich die Puppen der Raupen vernichten. Neuer Bestall im kommenden Frühjahr ist wieder zu verhindern durch Sprühdung des ersten Blattes noch vor der Blüte mit Imantran, das gegen Gilbseide in Apotheken, Drogerien und Samenhandlungen erhältlich ist.

#### Offene Stellen für Lehrer.

Sämtliche Lehrerstellen an der Volksschule zu Dittersbach b. Dittendorf, Familienvorschule neugebauten noch. Röhl: oberste Schulbehörde. Eintritt nach dem Bei.-Ges. v. 21. Mai 20, Dienstl. D. Eintritt mit dem ersten Beleg. Beleg bis zum 28. Juni an den Bezirksschulrat in Pirna.

Reichenbach. Hier sind noch 92 unterzu- hängende berechtigte Erwerbstätige vorhanden.

Schwarzenberg. Der Bezirksschulrat Schwarzenberg am Hauptmarkt Schwarzenberg tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Neukirchen-Pleißen. Hier sind noch 92 unterzu-

hängende berechtigte Erwerbstätige vorhanden.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

Wilsdruff. Der Bezirksschulrat Wilsdruff tagte am 4. d. R. zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammenzung. Die Tagung wurde notwendig durch einige Steuerordnungen (Schulneubauauftrag, Jagdschutzeuer, Getreidesteuer) welche die Zahl der Schüler zu verhindern bestrebt waren.

## Amtlicher Teil.

**Die Sächsische Feuerversicherungs-Societät**  
a. G. in Radebeul hat als Hauptversammlung für den Freistaat Sachsen gemäß § 115 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 Herrn Kurt Kaiser in Dresden-L., Manteuffelstr. 6 pr., bestellt.  
Dresden, 6. Juni 1924. Ministerium des Innern.

**Die Versicherungs-Gesellschaft "Germania-Union"** in Berlin hat als Hauptversammlung für den Freistaat Sachsen gemäß § 115 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 an Stelle des Bezirksschöfels Walter Konsk. in Dresden-Herrn Bezirksschöfels Georg Wappeler in Dresden-M., Partheische Straße 68, bestellt. II F 2884 1185  
Dresden, 6. Juni 1924. Ministerium des Innern.

**Dem Chilenischen Honorarkonsul in Dresden,** H. Emanuel Leon, ist räumen des Reichs bestätigt worden.

Der Konzessionsurkunde umfasst das Gebiet des Freistaates Sachsen. WD 501 1204  
Dresden, 7. Juni 1924. Wirtschaftsministerium.

**Der Bezirksschöfels in Danzig wird vom 10. bis einschließlich 30. Juni 1924 durch den Bezirksschöfels in Löbau (Kreis 159) vertreten.** II 28 U 1206  
Danzig, 4. Juni 1924. Kreishauptmannschaft.

Nachdem von dem Handelsverband Sächs.-Schlosser-Junungen in Dresden der Antrag auf Errichtung einer Zwangskommission für das Schlosserhandwerk in den Amtsgerichtsbezirken Radeberg und Radeburg mit dem Sieg in Radeberg gestellt wurde, ist Stadtrat Dr. Weisse in Radeberg für die Absetzung des Verbands nach § 100a der Reichsverordnung zum Kommissar ernannt worden.  
IV 30 Jun. 1206  
Kreishauptmannschaft Dresden, 30. Mai 1924.

Auf Grund von § 23 Absatz 1 des Reichsverordnungen vom 15. März 1923 wird der Vertrag mit Lohnunterwagen auf den beiden von Kommunikationsweg Struppen—Raudorf—Töpka in Raudorf in östlicher Richtung beim Gemeindewesen und am oberen Ende der sogenannten Steingasse abzuweichen. Anschlusswegen, weiterhin auf der Verbindung beider Wege, den sogenannten Holzweg und auf der Strecke vom Schmittplatz dieses Weges mit dem Kommunikationsweg Thürmsdorf—Kleinstruppen bis zur Kreuzung dieses Weges mit dem Struppen-Weißiger Weg unterlegt. Et. 31 XIII 1207  
Dresden, 3. Juni 1924. Die Kreishauptmannschaft.

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz (Altenmarkt, 5). Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. April 1924 abgeschlossen und am 10. Mai 1924 abgestellt worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Zugfertigen für Uhren, Aufzüge, sowie auch anderen Gegenständen, die Herstellung, die Weiterverarbeitung und der Vertrieb von geätzten und ungeätzten Bandstählen verschiedener Qualitäten, d. h. gleichen der Herstellung und der Vertrieb aller verwandten Gegenstände. Die Gesellschaft ist befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übertragen. Das Stammspatent betrifft zwanzigtausend Goldmark. Ein mehrere Gesellschafter bestellt, so wie die Gesellschaft durch einen Geschäftsführer oder durch einen Geschäftszweig und einen Prokuristen vertrieben. Aus Geschäftsführer ist bestellt der Diplom-Ingenieur Gustav Thoms in Dresden. Er ist jedoch, da die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Geschäftsführern sind weiter bestellt: Ingenieur Heinrich Otto Augustin in Dresden, Kaufmann Paul Richard Küntner in Chemnitz und Betriebsleiter Paul Ziegler, dagebst. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. 1188  
Amtsgericht Chemnitz, Abt. E, 6. Juni 1924.

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz (Altenmarkt, 5). Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. April 1924 abgeschlossen und am 10. Mai 1924 abgestellt worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Zugfertigen für Uhren, Aufzüge, sowie auch anderen Gegenständen, die Herstellung, die Weiterverarbeitung und der Vertrieb von geätzten und ungeätzten Bandstählen verschiedener Qualitäten, d. h. gleichen der Herstellung und der Vertrieb aller verwandten Gegenstände. Die Gesellschaft ist befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übertragen. Das Stammspatent betrifft zwanzigtausend Goldmark. Ein mehrere Gesellschafter bestellt, so wie die Gesellschaft durch einen Geschäftsführer oder durch einen Geschäftszweig und einen Prokuristen vertrieben. Aus Geschäftsführer ist bestellt der Diplom-Ingenieur Gustav Thoms in Dresden. Er ist jedoch, da die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Geschäftsführern sind weiter bestellt: Ingenieur Heinrich Otto Augustin in Dresden, Kaufmann Paul Richard Küntner in Chemnitz und Betriebsleiter Paul Ziegler, dagebst. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. 1188  
Amtsgericht Chemnitz, Abt. E, 6. Juni 1924.

An das Handelsregister ist heute eingetragen worden:  
I. auf Blatt 749, best. die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

Auf Blatt 924 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma Anton Bräuer in Reichenbrand; Protura ist erteilt dem Kaufmann Gustav Kurt Bernot in Chemnitz. Infolge Beschränkung von Reichenbrand mit Siegmari befindet sich das Handelsgeschäft jetzt in Tegernau;

2. auf Blatt 5184, best. die Firma Mechanische Wollwarenfabrik Schleswig mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Die Liquidation ist durchgeführt und beendet, die Firma erloschen;  
3. auf Blatt 6213, best. die Firma Chemische Tepichfabrik Oscar Kohorn & So. in Chemnitz; Gesamtprotura ist erweitert dem Buchhalter Heodor Erich Barthold und dem Direktor Dr. phil. Alfred Lehner in Chemnitz. Jeder von ihnen ist befugt, die Firma gemeinschaftlich mit einem anderen Personen zu vertreten;

4. auf Blatt 6819, best. die Firma Wilhelm Uhlig, Wurz, Fleischwaren- und Speisewarenfabrik Schleswig mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Die Liquidation ist beendet, die Firma erloschen;

5. auf Blatt 5293, best. die Firma Hermann Kirsner in Chemnitz; Die Firma ist infolge Aufgabe des Geschäftes erloschen;

6. auf Blatt 8345, best. die Firma Chemische Tarnschäden-Reparatur Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Liquidation durchgeführt und beendet, die Firma erloschen;

7. auf Blatt 2265 die Firma Chemische Tarnschäden-Reparatur Max Harisch in Chemnitz und am 26. Dezember 1923 durch den Kaufmann Karl Georg Henner in Leipzig-Großhödern bestellt (Antragsteller);

8. auf Blatt 9266 die Firma Arno Hördler in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann Oskar Arno Hördler, dagebst. Großhändler in Schloßborn, Annahmest. 39;

9. auf Blatt 9267 die Firma Carl Krauß (Schuhladen-Krauß) in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann Carl Krauß, dagebst. Großhändler im Groß- und Kleinhandel in Schloßborn und Pauslitz;

10. auf Blatt 6268 die Firma Walter Küntner in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann Walter Heinrich Küntner, dagebst. Großhändler im Groß- und Kleinhandel in Leutendorf als Mitglied des Vorstandes ausgetrieben sind. 1189

Amtsgericht Chemnitz, Abt. E, den 6. Juni 1924.

Zum Handelsregister ist heute auf Blatt 59 bei der Firma Krauß-Zerkleinermaschinenfabrik Müller & Söhne Aktien-Gesellschaft in Neugersdorf eingetragen worden, daß der Mechaniker Reinhold Müller in Neugersdorf und der Maschinenschmied Julius Kümer in Leutendorf als Mitglieder des Vorstandes ausgetrieben sind.

Amtsgericht Ober-dorf, am 6. Juni 1924.

Zum Handelsregister ist heute auf Blatt 391 für den Landbesitz, die Firma Borsig-Import und Handel Atilio A. Blume in Oberhähnlein eingetragen worden; Die Firma lautet fünfzig: Borsig-Aktien-Gesellschaft Atilio A. Blume ist ausgetrieben.

Amtsgericht Ober-dorf, am 6. Juni 1924.

Zum Handelsregister ist heute die Firma Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann August Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz eingetragen worden; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Geschäftsführer Johann Böhm ist ausgetrieben. Das Handelsregister wird von dem Geschäftsführer Alfred Schäfer als Alleinhaber fortgeführt.

Amtsgericht Chemnitz, am 6. Juni 1924. 1190

Zum Handelsregister ist heute die Firma Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann August Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz eingetragen worden; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Geschäftsführer Johann Böhm ist ausgetrieben.

Amtsgericht Chemnitz, am 6. Juni 1924.

Zum Handelsregister ist heute die Firma Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann August Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz eingetragen worden; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Geschäftsführer Johann Böhm ist ausgetrieben.

Amtsgericht Chemnitz, am 6. Juni 1924.

Zum Handelsregister ist heute die Firma Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann August Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz eingetragen worden; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Geschäftsführer Johann Böhm ist ausgetrieben.

Amtsgericht Chemnitz, am 6. Juni 1924.

Zum Handelsregister ist heute die Firma Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann August Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz eingetragen worden; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Geschäftsführer Johann Böhm ist ausgetrieben.

Amtsgericht Chemnitz, am 6. Juni 1924.

Zum Handelsregister ist heute die Firma Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann August Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz eingetragen worden; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Geschäftsführer Johann Böhm ist ausgetrieben.

Amtsgericht Chemnitz, am 6. Juni 1924.

Zum Handelsregister ist heute die Firma Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann August Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz eingetragen worden; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Geschäftsführer Johann Böhm ist ausgetrieben.

Amtsgericht Chemnitz, am 6. Juni 1924.

Über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma Mohland & Wiedenmüller in Bautzen wird heute am 6. Juni 1924, mittags 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter Herr Rechtsanwalt Dr. Dehme, hier. Amtsgericht Bautzen, am 15. Juli 1924.

Wahltermin am 1. Juli 1924, vormittags 10 Uhr. Preisjahrtermin am 22. Juli 1924, vormittags 10 Uhr.

15. Juli 1924.

Öffener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 15. Juli 1924.

Amtsgericht Bautzen, den 6. Juni 1924.

In das heutige Handelsregister ist am 2. Juni 1924 eingetragen worden: a) auf Blatt 422 die Firma Robert Sonja in Großröhrsdorf und als deren Inhaber der Bergbaudirektor Robert Sonja, dagebst. Bergbaudirektor. Angegebene Geschäftszweige: Großhandel mit Eisen, Eisen- und Stahlwaren; b) auf Blatt 411, die Firma Paul Walther, vorname Karl Stein in Pegau und als deren Inhaber Paul Walther, dagebst. Bergbaudirektor. Angegebene Geschäftszweige: Handel mit Manufaktur-, Porzellan- und Glasswaren; c) auf Blatt 411, die Firma Paul Walther, vorname Karl Stein in Pegau und als deren Inhaber Paul Walther, dagebst. Bergbaudirektor. Angegebene Geschäftszweige: Handel mit Eisenwaren aller Art; d) auf Blatt 411, die Firma Karl Georg Henner in Leipzig-Großhödern, best. als Inhaber der Firma Großhödner von Karl Georg Henner in Leipzig-Großhödern.

Amtsgericht Pegau, am 6. Juni 1924.

Zur Liquidation der Firma, best. die Firma Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann August Gebr. Augmann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz

nahme an der nicht öffentlichen Verhandlung zu gestatten. Auch habe sich dieser von dem Juge der drei Beisitzer für die mit großer Wahrscheinlichkeit nachfolgende Sitzung der Schlichtungskammer einen Gewinn versprechen können. Bei dieser Sitzung sei es auch nicht zu handhaben, wenn der Vorsitzende — so wie im Vorverfahren vor den ordentlichen Beisitzern bei Richterwechsel — zum Verhandlungsbeginn des später, wenn auch rechtzeitig eröffneten vierten Beisitzers, nur

#### das wesentliche Ergebnis

der bereits geplagten Vorverhandlung in der Behandlung vor der Schlichtungskammer habe zum Vortrag bringen lassen.

Indes hat die Kreishauptmannschaft für Künftige Fälle den Schlichtungsausschuss als solchen noch besonders darum hingewiesen, daß vielfach die Anwesenheit von Beisitzern im Vorverfahren nicht zweckmäßig sein werde. Es führt dazu u. a. aus: „Soll werden die Parteien dem Auspruch des Vorsitzenden allein, also ohne Zeugen, auf Nachgebot eher zugänglich sein, als sie das vor Beisitzern, sei es der Gegen-, sei es der eigenen Seite (Gewerkschaftshäuser, Syndic) mit dem Gefühl des Beobachtetwerdens ihres nachgängigen Verhaltens durch beide und etwaiger späterer Verantwortung leichter gegenüber sein werden.“

Hierzu kommt noch, daß oft nur Beisitzer entweder von Arbeitgeber- oder von Arbeitnehmerseite bereits während des Vorverfahrens eingestellt sein werden, und daß dadurch die Möglichkeit einer

#### unverhüllten Beurteilung der Parteien,

ja vielleicht gelegentlich sogar eines Vorwiegenden, wohin absehbar sei dabei davon, daß, bei dem verhältnismäßig formlosen außeren Verlauf der Schlichtungsvorhandlungen, die Beurteilung einzelner Arbeitnehmer Beisitzer durch Freizeiten und Berichte auch schon am Vorverfahren doch nicht aus der Sicht der Möglichkeit liegt, und zwar auch dann, wenn Beisitzer von der Gegenseite noch fehlen. Ja, man könnte sogar fragen, ob nicht schon rein formal die Anwesenheit einzelner oder aller Beisitzer — wie übrigens auch sonstiger Personen — im Vorverfahren dann auch ausgeschlossen ist, daß eine dem § 21 Absatz 1 Satz 3 der 2. Ausführungsvorordnung entsprechende Bestimmung, wonach die Inhaftierung von einzelnen Personen zu ansonsten einmal nicht öffentlichen Verhandlungen der Schlichtungskammer gesetzlich ist, für das Vorverfahren fehlt, obgleich sie hier z. formuliert noch näher gelegen hätte, weil das Vorverfahren ja fests nicht öffentlich ist. Auch ist die vorliegende

#### Gefahr der nur summarischen Wiederholung

des Ergebnisses der Vorverhandlung vor dem ersten danach, jedoch rechtzeitig zu der Behandlung vor der Schlichtungskammer selbst, erscheinen Beisitzer vielleicht noch etwas anders zu bewerteten, als der gleiche Fall beim Richterwechsel im ordentlichen Gerichtsverfahren. Abgesehen davon, daß es sich in letzterem Falle um einen unvorher-

sehbaren Fall handelt, erscheinen die Bedenken gegen die nur summarische Informierung eines Beisitzers bei den weitgehenden Verschiedenheiten in den wirtschaftlichen Grundausfällungen besonders groß, die im allgemeinen von vornherein zwischen den Beisitzern der Arbeitgeber einerseits und der Arbeitnehmer andererseits bestehen. Endlich möglicherweise außerordentlich wirtschaftliche und soziale Fragestellungen so vieler Schiedssprüche zur möglichsten Vereinigung aus jedem bloßen Verdacht einer Beeinträchtigung der Unparteilichkeit des Verfahrens. Im vorliegenden Sonderfall war eine solche allerdings nicht behauptet worden. Über die Kreishauptmannschaft soll ihr künftige Fälle bei dieser Gelegenheit wohl mit Recht zugleich auf die mannschaftlichen Bedenken hinweisen, die gegen die Teilnahme von einzelnen Beisitzern am Vorverfahren vor dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses sprechen.

## Dresden.

#### Pfingstrennen.

Heute hat am Sonntag bei zahlreichstem Besuch und gutem Sport wieder einen großen Tag. Vorwärts wurden nur Flachrennen gelassen, dazu in einer Riesenzug, daß die Dresdner Städte zu Hause bleiben konnten, aber die Helden, die am Platz erschienen, waren über Erwartungen groß. Die relative Trockenheit und der Wind hatten das Gelände hart gemacht, doch lagen die Rennbahnen anscheinend alle gut über die Wahr. Überzeugung gab es eigentlich nicht; denn im Pfingstausgleich war für den Westend-Palais Saloni-Pavillon; der Hengst brachte seinen Freunden die Quote 100 für 10 M. Im Saxonie-Preis unterschied sich der den Lewinischen Capriol von den Bewerbern Woloch und seine vorzileige Siegesgewissheit ließ ihn auf dem zweiten Platz landen. Bedauernswise brachte der Tag kein Hindernismessen, sehr zum Leidwesen der hiesigen Städte und der Rennbahnanlagen.

Nachstehend die Ergebnisse:

1. Preis - Rosenau, 1000 m. Preise 22,00 M. 1. 2. Preis: Dr. E. Kriele (Ostheim). 2. Helga Elisabeth. 3. Birgitte. Zeit: 22:10; Platz: 14, 14:10. Gewinner: Name, Elternname, Geburtsjahr.
2. Preis von Weimar, 1000 m. Preise 25,00 M. 1. 2. Preis: Dr. E. Kriele (Ostheim). 2. Gustav Börsig. Zeit: 22:15; Platz: 10, 11:10. Gewinner: Name, Elternname, Geburtsjahr.
3. Preis - Magdeburg, 1000 m. Preise 4,00 M. 1. 2. Preis: Dr. E. Kriele (Ostheim). 3. Gustav Börsig. 2. Preis: Gustav Börsig. Zeit: 20:10; Platz: 24, 19:10. Gewinner: Name, Elternname, Geburtsjahr.
4. Preis des Saengerfestes, 1400 m. Preise 35,00 M. 1. Stall Schenckens, Schloß-Tore, Hill (O. Schmidt). 2. Pauli, Konrad. 3. Berndtshäuser. Zeit: 26:10; Platz: 14, 16:15. Gewinner: Name, Elternname, Geburtsjahr.
5. Preis des Saengerfestes, 1400 m. Preise 4,00 M. 1. Gustav Börsig. 2. Gustav Börsig. Zeit: 21:10; Platz: 14, 15, 14:10. Gewinner: Name, Elternname, Geburtsjahr.
6. Saengerfestpreis, 1400 m. Preise 4,00 M. 1. Gustav Börsig. 2. Gustav Börsig. Zeit: 21:10; Platz: 14, 15, 14:10. Gewinner: Name, Elternname, Geburtsjahr.
7. Preis des Altenbaus, Herrenrennen 2000 m. Preise 35,00 M. 1. Dr. W. Herzer. 2. St. Ohlendorff (Große). 3. Max Lüttge. 4. Max Lüttge. Zeit: 30:20; Platz: 15, 12:10. Gewinner: Name, Elternname, Geburtsjahr.

## Börsenwirtschaft und Handel.

#### Die Anerkennung der Geschäftsaufführung.

Die vom Reichsjustizministerium ausgearbeitete Verordnung über Änderung der Geschäftsaufführung ist, wie wir von zuhöriger Stelle erahnen, bereits dem Reichstag zugestanden. Sie enthält hinsichtlich der erweiterten Rechte der Gläubiger folgende Hauptpunkte:

1. Aufhebung des Geschäftsaufführung, wenn die Mehrheit der Gläubigerversammlung dieses beschließt. Die Gläubigerversammlung ist einzurichten, auch wenn nur eine Minorität sie verlangt oder wenn sie von den Aufsichtsvertretern oder dem Gläubigerrat beauftragt wird.

2. Der Gläubigerversammlung wird das Recht zugeschanden, Aufsichtsvertretern abzuhören und eine andere Zusammensetzung des Gläubigerrats herzustellen.

3. Ein Gläubigerrat muß auf jeden Fall bestellt werden. Die Handelskammer ist einzutragen.

4. Möglich ist die Geschäftsaufführung nur dann, wenn Aussicht auf eine Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit innerhalb einer vorab zu bestimmenden Frist besteht. Im Falle der Genehmigung ist sie unverzüglich im Reichsgericht zu vertheilen.

5. Die Aussicht läuft automatisch ab, wenn der Schuldnerein innerhalb zweier Monate keinen von der Gläubigermehrheit erfassten Zahlungsvorschlag anbietet. Sie darf an und für sich nicht länger als vier Monate danach und ist gebotenpflichtig. Für bestreitbare Aussichten muß der Zahlungsvorschlag innerhalb eines Monats nach Zustituten der Verordnung erfolgen.

Die Regierung bestimmt die Dauer der Verordnung und kann einzelne Vorschriften im Einvernehmen mit dem Reichsrat nach Anhörung der wirtschaftlichen Organisationen außer Kraft setzen.

#### Für und wider das Gutachten.

Die Industrie- und Handelskammer in Trier erläuterte in ihrer letzten Sitzung: Die Kammer ist der Ansicht, daß die Sachverständigen Deutschlands künftige wirtschaftliche Entwicklung und Leistungsfähigkeit außerordentlich optimistisch eingeschätzt haben. Obwohl gerade einer Reihe von Wirtschaftsbezügen ihres Bezirks durch die Vorschläge der Sachverständigen überaus schwere Belastungen entstehen, begrüßt die Kammer das Gutachten doch als einen großen Fortschritt zur Lösung der Reparationsfrage, da es bisweilen zum erstenmal aus dem Gebiet der Politik in das der wirtschaftlichen Überlegung geht. Sie ist daher geneigt, das Gutachten als eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen anzusehen.

(N.) „Mein deutsches Vaterland“ verboten. In der „Dresdner Volkszeitung“ wurde für sich Beschwerde darüber geführt, daß auf den Polizeiwachen eine Zeitschrift „Mein deutsches Vaterland“ verbreitet werde, die rechtsradikale Agitation treibe und gegen die Republik hebe. Das Ministerium des Innern hat eine Untersuchung ange stellt, und da sich die Anzeichen über Tendenz und Inhalt der Zeitschrift bestätigten, die Erlaubnis zur Verbreitung des Blattes auf den Polizeiwachen aufgehoben.

\* Pfingsttagen. Das herliche Wetter lud lang und alt fröhlich ins Freie. Die schöne Stille des Pfingsttags wird in Dresden seit 1911 in immer stärkerem Maße gepflegt. So veranstaltete die „Pfingstakademie“, in Verbindung mit dem Männergangverein „Vedderhalle“, am ersten Feiertag um 7 Uhr im Zwinger eine Schlagsausführung, die in edlem Wettkampf binnen einer Stunde eine Vorstellungsdauer von 20 gemischten und Männerchor be wältigte, in denen Wald und Frühlings, Wandertag und Rheinschleife gepflegt wurden. Kapellmeister Johannes Reichert wußte besonders die zarlen Stimmen mit den Sängerschaften der „Pfingstakademie“ songsam herauszuarbeiten. Auch Kapellmeister Erich Schneider hatte dankbare Ehre gewünscht, und die „Vedderhalle“ brachte sie in Langenbauer Abhörmus zu Gehör. Besonders gelieben „Hochamt im Walde“ von Melchior Becker (Dresden) und „Vater Rhein“ von H. Wohl. —

Die Morgenaudienz im Parkgarten des Japanischen Palais (Neustadt) begann mit Bachs Pfingstlied „Kommt Seelen“, gefolgt von Schenckers „Kommt Seelen“ aus der Zeitung des Pfingsttags unter Leitung des Kirchenchores des Döbelnsgemeinde unter Leitung des Kirchenmusikdirektors W. Voermann. Nach einem allgemeinen Gesang (mit Posaunenbegleitung) hielt Walter Unger eine dem Pfingstdenkmal und der heutigen Zeit Rechnung tragende Ansprache. Dann wechselten die Vorstöße des Kirchenchores mit Männerchor des Vereins „Vedderfeier-Harmonie“ ab. Dort wie hier wurde sehr schöne Wallungen erzielt. Mendelssohns „Morgen gebet“ und „Junglönn Benz“ von Jungmann machten dem Chormeister wilz auch den Sängervereinigungen Ehre.

Den höchsten Besuch fand das Konzert des Männergesangvereins „Tannhäuser“ (Leitung: Klarot Mag. Siranthy) im Niederländischen Volkspark. Besonders in dieser Sängerschaft die Erfüllung des Pfingsttags in Dresden zu danken, und die diesmal 13. Verantwaltung kann den Erklärenden auf Eintrittsstock nicht nach. Beethoven „Gottes Wohl“, der Pilgerchor aus „Tannhäuser“, „Vedderfreihen“ (Marzimer) und Zollner „Vedderholt“ zeigten so recht die Vorstellung des hohen Ziels zufriedenden Ver eins. Auch die Vorstöße des Bläserquintetts der ehemaligen Hochkompteur wurden von der vielaufländigen Zuhörermenge mit jubelndem Beifall aufgenommen.

Dass man auch mit einem kleinen Häuschen Sänger gute Wirkungen erzielen kann, bewies später im Paradiesgarten der Männerchor „Großkinn“ aus Roitz mit der beobachtenden Verstärkung und die Spur zu beweisen, die Gebäude im Brand gestellt zu haben.

Zeltung des Obermeisters Manniesset. „Ich mit“ von Kestler und besonders „Ewig lieb Heimat“ von Breu erzielten lebhafte Zustimmung, an der sich die vielen Sängerbüder vom „Tannhäuser“ erheblich beteiligten. Auch an anderen Orten unserer schönen Stadt sind Pfingstlieder in der Festagsfrühe erhungen.

\* Dr. Pauli Kappelmeier spielt morgen Mittwoch, 5 Uhr, im Künsterhaus „Des Teufels Hypothek“ oder Käper und das verlorene Landhaus. Es ist die lezte Vorstellung in dieser Spielzeit.

## Tageschronik.

#### Zusammenstoß eines Automobils mit einem Kleinbahngespann.

Berlin, 10. Juni. Gestern abend gegen 9 Uhr stieß ein Auto, mobil zwischen Oberschöneweide und Grunewald, an einem schrankenlosen Übergang mit einem Kleinbahngespann zusammen. Das Auto fuhr um und die von der Maschine erschossen Insassen wurden eine kurze Strecke weit geschleift. Vier Personen wurden getötet, drei schwer verletzt.

#### Das Kind des Konsuls Barthäusen gefunden.

Berlin, 9. Juni. Den Bemühungen des Reichswohlfahrtspflegers und der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, das vermisste Kind des Generalkonsuls Dr. Barthäusen aus der Wohnung herauszufischen. Ein freudiges Verhältnis kommt nicht in Frage. Mit dem fröhlichen Kind hat sich die Angelegenheit, die in den letzten Tagen ein großes Aufsehen erregt und über die ganze geradezu mythische Dimmelf schwebt, aufgelöst.

#### Ein Fahrrad von einem Zug überfahren.

Münster i. Westf., 9. Juni. Am 8. Juni gegen 10 Uhr 53 Min. wurde von dem Personenzug 699 auf dem unbewachten Wegübergang auf der Landstraße Rottweil-Ostendorf ein Fahrrad überfahren. Die Frau des Beisitzers, sowie zwei Kinder und ein Erwachsener wurden getötet. Die eingeleitete Untersuchung hat ein Verhältnis des

#### Ein 13jähriger Brandstifter.

Reichenberg i. Böh., 9. Juni. Die Stadt Schweinitz und ihre Umgebung wurde in den letzten Monaten von zahlreichen großen Bränden heimgesucht. Es wurde jetzt ein 13 Jahre alter Schulknauf, der wegen einer Pflichtigung auf dem Bahnhofe entzündet wurde, in die Bäume und sich in den Wäldern verborgen hielt, als Brandstifter verhaftet. Er gestand, von Hunger getrieben, zahlreiche Einbrüche verübt und, um die Spur zu verwischen, die Gebäude im Brand gestellt zu haben.

\* Der Rentenbankanträg für Mai weist einige Abweichungen von dem Monat April auf. So hat das Reich die restlichen 100 Millionen aus dem Monat Mai nicht erhalten. Im August steht für Verfügung stehenden Darlehen von 12 Milliarden für zwei Monate in Anspruch genommen. Als erste Rate des aus höchstens 30 Millionen besitzenden Meliorationskredites werden 3 Millionen Mark ausgewiesen, die den Wirtschaftsstädten dem Reich als Treuhänder gegeben sind, um bereits begonnene, ausführliche Meliorationen nicht zum Stillstand kommen zu lassen und die hierfür bereit investierten Mittel nicht zu gefährden. Von Reichsbankminister ist eine entsprechende Rate angeordnet worden, da vorausgesetzt ist, daß die Leistungen der Rentenbank und des Reichsbankministers für die Meliorationsarbeiten in gleicher Höhe erfolgen. Für die Postkasse-Giro-Postcheck und Bankfilialen hat die Bank Abstand genommen, die daraus resultierende Beträge anzugeben, daß daraus resultierend die Postkasse-Giro-Postcheck und Bankfilialen etwas über 100 Millionen vernichtet worden sind; es ist aber ein größerer Betrag zwecks Verknappung des Rentenmark aus dem Belebten gezogen worden.

\* Ein empfehlenswertes Beispiel hat die Kaufmannschaft in Polnische Oberschlesien gegeben. Angesichts der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage, die sich in dem Abbau der Arbeitsmacht und der Ausnahme der Arbeitslosigkeit offenbart, hat sie beschlossen, mit sofortiger Wirkung freiwillig die Preise für Textilien, Konfektion und Schuhwaren um 10% herabzusetzen. Sie gibt hierbei der Gewerkschaft und dem Handelskonsulat zu verstehen, daß die übrigen Kreise der Industrie, des Handels und des Handwerks ähnliche Verminderungen vornehmen werden.

\* Die deutsch-österreichische Steinlohenförderung gestaltete sich in der Zeit von Januar bis April d. J. wie folgt: Januar 399625 t, Februar 303263 t, März 1022446 t, April 945348 t, zusammen also 3920682 t. Daraus gingen 24115 t nach dem Auslande.

\* Willibaldsche Spinnerei und Weberei K.G., Weißbach/Willibald. Zu der vor einigen Tagen in der Presse erschienenen Notiz, daß die Gesellschaft zum Willibald-Kaufmann-Konzern gehört, stellt uns Generalkonsul Dr. Wilhelm Kaufmann mit, daß die Altienmajorität, die früher in seinem Besitz war, bereits Mitte Juli 1923 an den Norddeutschen Bank-Betrieb in Berlin übergegangen ist. Ein Besitzzug, ob Dürrende zur Beteiligung kommt, ist noch nicht festgestellt. Mit der Möglichkeit einer Rückausgliederung ist allerdings zu rechnen.

\* In der Kammer der Handelskammer Dresden liegt der Bericht über die Prüfung des Gründungsbewerbes bei der Hütte Sächsische Eisenverarbeitungs-Gesellschaft in Dresden zur Einsicht aus.